

Siegener Zeitung [online](#)



In Hilchenbach zieren schon mehrere Windräder die Landschaft auf den Höhen des Rothaargebirges. Ein Planungsverbund des Kreises soll nun die Kommunen bei der Suche nach weiteren Nutzungsflächen in Siegen-Wittgenstein unterstützen. Archivfoto: js

Moderator mit Weitsicht

SIEGEN Landrat Paul Breuer äußert sich im SZ-Gespräch zur Energiewende des Kreises

Das Verhindern von bestehenden Plänen sei nicht das Ziel des Kreises, bekräftigt Paul Breuer.

Der Landrat Paul Breuer am Fenster sitzt und genüsslich eine Pfeife raucht, hat er einen guten Ausblick. Immerhin befindet sich das Büro des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein in der 13. Etage. Vom Kreishaus in Siegen genießt er – bei gutem Wetter – freie Sicht auf das Krönchen und seine Stadt. Doch Paul Breuer sieht noch mehr, weit hinter Oberstadt und Nikolaikirche: ein Windrad.

Zur Breitenbacher „Mühle“ könnten sich bald weitere gesellen. Die Stadt Siegen plant, die Nutzung der Vorrangzonen Meiswinkel, Oberschelden und Volnsberg zu diskutieren. Das liegt Paul Breuer am Herzen. „Die Planungshoheit liegt bei den Kommunen“, betont er im SZ-Gespräch mehrmals. Auf Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWG hatte ihn der Kreistag erst kürzlich zum Moderator der kreisweiten und dessen Grenzen überschreitenden Debatte zur Errichtung weiterer Windräder ernannt.

Eigentlich, so klingt es in seinen Erläuterungen durch, wollte er den Planungsverbund – „das Wort löst bei vielen allergische Reaktionen aus“ – nicht. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, findet er deutliche Worte: „100 Anlagen können wir in der Landschaft nicht verstecken.“

Die sieht die Machbarkeitsstudie der Bezirksregierung Arnsberg für die Region

vor. „Das Schlechteste wäre, jeder macht, was er will“, warnt Breuer vor einem landschaftlichen Desaster. Die Kommunen müssten ein Interesse an einer geordneten Entwicklung haben. Wenn nicht, steht Moderator Breuer bereit. Er will den informellen Austausch zwischen den Städten und Gemeinden fördern. Doch was ist, wenn die nicht wollen?

Hilchenbach ist das Vorzeigestädtchen, wenn es um die Erschließung weiterer Nutzungsflächen geht. Zurzeit prüfen die Verantwortlichen das Potenzial weiterer Konzentrationszonen für Windräder auf den Höhen des Rothaargebirges – auch in interkommunaler Kooperation. Aber: Der Hilchenbacher Hauptausschuss hat den Planungsverbund nicht befürwortet. Eine Abgrenzung von Seiten des Kreises? „Nein“, sagt der Landrat. Hilchenbach würde von seiner Moderatorenrolle profitieren. Immerhin trage die Stadt eine hohe Verantwortung der Landschaft und den Bürgern gegenüber. „Wenn dort hinterher 50 Anlagen stehen, ist der Einfluss auf die Natur und ihre Bewohner so groß, dass nichts zustande kommt“, ist sich Breuer sicher.

Nur wie funktioniert diese Moderatorenrolle? Ganz einfach, meint Breuer. Im November plant der Landrat ein erstes Treffen mit den kommunalen Bauleitern. Das Ziel: die Beteiligten auf die Ebene der Kommunikation führen. „Wir wollen anhand eines Flächennutzungsplanes mögliche Probleme herausarbeiten, um sie vorab zu vermeiden.“

Das Verhindern von bestehenden Visionen sei nicht das Ziel des Kreises, bekräftigt Breuer. Er führt das Beispiel der

Zusammenarbeit zwischen Wilnsdorf und Wilgersdorf an. Die Gemeinden müssten sich fragen, was der Rothaarsteig überhaupt verträgt, ehe sie konkrete Pläne schmieden – auch mit Blick auf die Problempunkte Schattenwurf und Lärm. Trotzdem: „Die besten Standorte sind im Wald auf den Bergen.“ Der NRW-Erlass sei daher zu begrüßen.

Die Waldgenossenschaften sollten sich aber im Zaum halten. „Die, die jetzt am stärksten um des Profitwillens nach vorne preschen, haben am Ende die meisten Konflikte.“ Es wird Momente geben, in denen die Kommunen dankbar sind, dass der Kreis hilft, sagt Paul Breuer. Und wenn nicht, macht er einfach sein Fenster zu.

Der Erlass

Der im Juli in Kraft getretene Windenergie-Erlass der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalens ermöglicht Vorrangzonen für Windanlagen oder Windparks in der regionalen Planung. Zudem öffnet er Waldbereiche begrenzt für Windräder. Außerdem fallen Höhenbegrenzungen in der Regel weg, und die Abstandsbeschränkungen sind nicht mehr pauschal geregelt. Die Kommunen dürfen nämlich laut Windenergie-Erlass Genehmigungen nur noch in begründeten Einzelfällen untersagen. Dies soll auch den Austausch alter durch effektivere Anlagen erleichtern.



Überall im Rheinland-Pfalz sollen in den nächsten Jahren Tausende neuer Windkraftanlagen entstehen. Für die Verbandsgemeinde Kirchen kommt es nun darauf an, in welcher Form sie das Heft des Handelns bzw. Planens in die Hand nehmen kann. Foto: thor

Gegen Wildwuchs bei Windkraft

KIRCHEN Verbandsgemeinde denkt an Vorrangzonen / Ministeriumsvertreter sieht nur Vorteile

Sz 17-09-2011

Es geht um die Frage: Wie stark will und kann sich die VG Kirchen an der Energiewende beteiligen?

thor ■ Am Ende fühlte sich nicht nur Dr. Wolfgang Otterbach an Huxleys „Brave new world“ erinnert. In der Tat war es eine „schöne neue Welt“, was der Christdemokrat und mit ihm alle anderen Mitglieder des Verbandsgemeinderats Kirchen sowie viele Gäste zuvor gehört hatten. Auf Einladung der Verwaltung war Prof. Dr. Karl Keilen vom Mainzer Wirtschaftsministerium nach Kirchen gekommen, um über die künftige Windenergienutzung in der Region zu referieren. „Aufgabe und Chance für Verbandsgemeinde, Ortsgemeinde und Bürger“ hatte der Regierungsbeamte seinen Vortrag überschrieben, und doch wurde weit mehr daraus. Vor dem Hintergrund, dass Rheinland-Pfalz bei der Nutzung regenerativer Energien bundesweit Vorreiter sein will und bis zum Jahr 2030 eine Abdeckung zu 100 Prozent anstrebt, trat Keilen als leidenschaftlicher Verfechter für die Energiegewinnung mit den gigantischen Rotoren auf.

Bürgermeister Jens Stötzel hatte in seiner Begrüßung erklärt, dass das Land bei der Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele auf die Unterstützung der Kommunen angewiesen sei. Mittlerweile sei bekannt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Bau von Windkraftanlagen im Wald erleichtert werden sollen. „Wir müssen uns entscheiden, wie wir uns strategisch aufstellen“, sagte der Bürgermeister.

Nun sind die Verbandsgemeinde und ihre Ortsgemeinden schon teilweise von der Entwicklung überrollt worden, die Pläne der Haubergsgenossen am Giebelwald bzw. gegenüber am Höhwald sind hinlänglich bekannt. Dass in der anschlie-

ßenden Diskussionsrunde gar von einem „planlosen Ausbau“ die Rede war, liegt u. a. daran, dass in der Verbandsgemeinde bislang versäumt wurde, entsprechende Vorrangflächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Und Keilen stellte klipp und klar fest: Ohne eine solche Fläche sollte eine Kommune erst gar nicht auf ein Mitspracherecht hoffen: „Dann haben sie keine Chance, so etwas zu verhindern.“

Nach Meinung der Landesregierung sind die Verbandsgemeinden hauptverantwortlich für den Umbau der Energiegewinnung. Keilen warb dafür, sich dieser Verantwortung zu stellen und eine Wertschöpfung vor Ort anzustreben. Es gehe eben nicht darum, Windstrom von der Nordsee oder Solarstrom aus der Wüste zu beziehen. Windkraft sei mittlerweile die effizienteste und günstigste Energieform. Zwei leistungsstarke Anlagen könnten nach Einschätzung von Keilen ausreichen, um den Stormbedarf der gesamten Verbandsgemeinde zu decken. „Man muss sich allerdings mit 200 Metern als höchstem Punkt anfreunden“, erklärte er die Dimensionen. So müssten sich die Menschen fragen, ob sie die Anlagen als „Problemlöser“ oder als „Monster“ sehen würden.

„Wenn ich als Kommune Gold auf der Straße liegen habe, dann hebe ich es auf“, sprach der Gast aus Mainz die finanziellen Vorteile an. In wenigen Jahren werde der Öko-Strom äußerst günstig zu beziehen sein. Laut Keilen gibt es aufgrund der Größe der Verbandsgemeinde Kirchen Platz für 33 Windräder (insgesamt 7,5 ha). Gehe man von dieser Zahl aus, könnten jährlich 117 000 Tonnen an Klimagasen eingespart und ein theoretischer Umsatz von 21 Mill. Euro erzielt werden.

Die Kommunen müssten das wie die Ansiedlung eines Industriebetriebs sehen, sagte der Ministerialbeamte. Über die Pacht seien 1,65 Mill. Euro an Gewerbesteuer möglich. „Viel, viel Nutzwert“ lautet folglich das Fazit von Keilen. Zur Umset-

zung sei politisches Handling gefragt, ebenso wie eine maximale Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Die hatte mit der gestrigen Ratssitzung schon begonnen, denn viele Windkraft-Skeptiker hatten auf den Zuhörer-Stühlen Platz genommen. Und auch von den Ratsmitgliedern waren kritische Stimmen zu hören. CDU-Fraktionssprecher Ulrich Merzhäuser, der sich zur Nutzung der Windkraft bekannte, berichtete von der Sorge der Menschen in Mudersbach und Brachbach um ihre Wasserversorgung. Die Existenz der lokalen Wasserwerke müsse garantiert werden. Zudem vermisste er von Seiten des Landes ein richtiges Konzept, wo genau die Anlagen entstehen sollen. Christoph Moschner (CDU) machte Keilen darauf aufmerksam, dass die Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald festgelegt habe, dass in den regionalen Grünzügen Windkraftanlagen nicht gestattet seien: „Es gibt aber einige, die hier schon Windräder sehen.“ Auch habe er von anderen Experten gehört, dass der Strombezug nicht günstiger, sondern vielmehr teurer werde. Keilen antwortete, dass für das Land regionale Grünzüge kein Ausschlusskriterium seien. Entschieden werde aber immer vor Ort.

Auch auf Seiten der SPD vermisste man in Person von Alex Schuhen eine gezielte Planung. Mit Verweis auf die laufenden Verhandlungen in meinte Fraktionskollege Karl-Heinz Haepf: „Es wird fleißig drauflos geplant.“ Und weiter: „Es ist nicht einzusehen, dass in einem dicht besiedelten Gebiet wie dem Siegtal die Höhenzüge bepflanzt werden und man auch noch die Strommasten doppelt so hoch baut.“

Angesichts der bereits jetzt sehr lebhaften Diskussion muss sich die Verbandsgemeinde nach Ansicht von Bürgermeister Stötzel darüber im Klaren werden, ob sie Vorrangflächen einrichten wolle oder nicht. „Wir müssen uns dringend auf den Weg machen.“

Keine zweite 185-Meter-Anlage

OBERDIETEN

Gemeindevertretung erteilt Plänen des Windkraft-Investors Absage

SZ

19-12-2011

„Rechtlich sind alle Voraussetzungen erfüllt. Wenn die Gemeinde an diesem Punkt einknickt, dann auf Zuruf.“

vö ■ Hessens bislang größte Windkraftanlage bekommt vorerst keinen Nachbarn in gleicher Höhe. Die Gemeindevertretung Breidenbach erteilte den Plänen des Investors Matthias Strauch, der oberhalb von Oberdieten ein zweites Windrad vom Typ E 101 des Herstellers Enercon errichten wollte, eine Absage. Bevor es zu einer Genehmigung komme, solle Enercon erst einmal an der bestehenden Anlage den Schallschutz verbessern. Dann könne neu diskutiert werden.

Zur Erinnerung: Das Windrad mit einer Gesamthöhe von 185 Metern, nicht weit von der Grenze zu NRW entfernt, liefert seit Spätsommer umweltfreundlichen Strom. Die E 101 ist auch von mehreren hoch gelegenen Punkten in Wittgenstein gut zu erkennen.

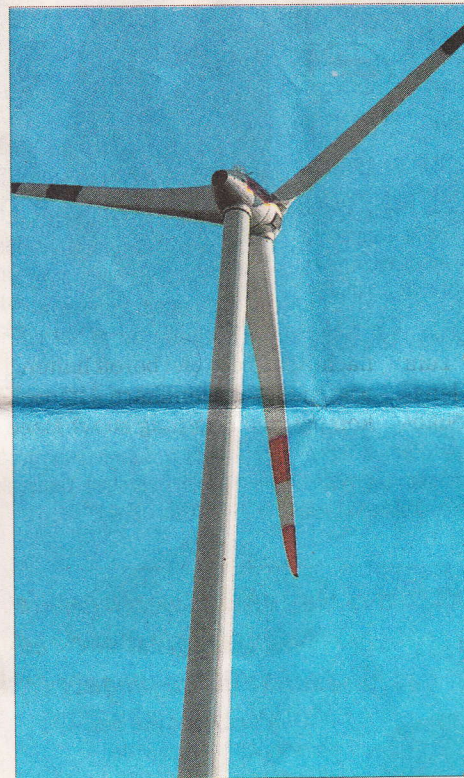
Nach Beschwerden einiger Anlieger in Oberdieten über „enorme Belästigungen“ hatte es unlängst Messungen durch Fachleute des Regierungspräsidiums gegeben. Ergebnis: Der Lärmpegel lag unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwert. Anders ausgedrückt: Was der Hersteller versprochen hat, hält die Anlage auch ein. Von daher kommt die Entscheidung der Gemeindevertretung, die sich bereits im Haupt- und Finanzausschuss angedeutet hatte, etwas überraschend.

Zumal der Breidenbacher Bürgermeister Werner Reitz noch im Herbst beim Tag der offenen Tür an der bestehenden Anlage von einem „herausragenden Bauwerk“ und einem „Wahrzeichen von Ober-

dieten“ gesprochen hatte. Der Steffenberger Investor Matthias Strauch ging im Gespräch mit der SZ noch einen Schritt weiter: „Rechtlich sind alle Voraussetzungen erfüllt. Wenn die Gemeinde an diesem Punkt einknickt, dann auf Zuruf.“ Die Entscheidung der Kommune sei aus seiner Sicht sehr fragwürdig, denn eine Investitionsentscheidung in dieser Größenordnung brauche auch eine gewisse Planungssicherheit: „Wenn dann alles komplett über den Haufen geworfen wird, kommt man schon ans Grübeln.“

Was den kritisierten Geräuschpegel des Windrads in Oberdieten und speziell in der Straße „Im Steitchen“ angeht, der sei bei der Messung des Regierungspräsidiums mit 36 dB(A) „nur halb so laut“ gewesen, „wie sie sein dürfte“, betont der Betreiber. Die zweite Anlage werde „hier keine Erhöhung des Schalleistungspegels bewirken“. Sie läge mit rund 950 Metern etwa 100 Meter weiter vom Ortsrand entfernt als die erste. Außerdem werde für das neue große Windrad wieder eines der kleineren oberhalb des Steinbruchs abgebaut, womit „sogar mit einer leichten Abnahme der Geräusche Im Steitchen zu rechnen“ ist.

Sein zweites Argument in Sachen Geräuschpegel: Den meisten Lärm macht ein Windrad bei einer Windgeschwindigkeiten von mehr als zehn Metern pro Sekunde in Nabenhöhe. „Diese Windgeschwindigkeiten treten in Oberdieten an rund 20 Prozent der Tage im Jahr auf, meistens an Schlechtwettertagen und überwiegend im Winter“, erklärt Strauch. Die Hälfte des Jahres sei die Anlage im Ort nicht zu hören: „Dann sind die Windgeschwindigkeiten niedriger als sechs Meter pro Sekunde“, was meist im Sommer und bei schönem Wetter der Fall sei. Alle anderen Tage lägen dazwischen, der Geräuschpegel folglich auch. „Wenn das Geräusch einer Windenergieanlage, das deutlich unter



Hessens größtes Windrad bei Oberdieten wird vorerst „Einzelgänger“ bleiben. Eine zweite Anlage lehnte die Gemeindevertretung ab. Foto: Archiv

dem zulässigen Wert liegt, für nicht zumutbar erklärt wird, welches Recht auf Ruhe haben dann alle anderen Bürger Breidenbachs? Gilt hier gleiches Recht für alle?“, fragt Strauch. Würde zum Schutz aller Anwohner auch der Lärm gemessen, der von Industriebetrieben im Drei-Schicht-Betrieb ausgeht, von Straßen und Schienen, Gaststätten, Schulen und Bürgerhäusern? Dort müssten die Menschen neben den Geräuschen oft auch noch Staub, Schmutz, Verkehr, Abgase und viele andere Schadstoffe erdulden.

Rabenhain vor Jahren als Naherholungsgebiet ausgewiesen

Zu den Planungsabsichten für einen Windradpark auf dem Rabenhain:

Wenn man von Kaan-Marienborn, Giersberg, Weidenau, Vogelsang, Bürbach, Dreis-Tiefenbach, Deuz und der Stadt Netphen bergauf ca. eine Stunde Fußweg über die vom Sauerländischen Gebirgsverein ausgezeichneten Wege wandert zum 465 Meter hohen Rabenhain, bieten sich landschaftlich bezaubernde Bilder. Die Ausblicke weit über die Siegerländer Berge können sich mit denen der schönsten deutschen Mittelgebirge messen. Der Rabenhain wird von dem vor 110 Jahren gebauten Aussichtsturm gekrönt. Von hier aus erreicht man in ca. 1 km Entfernung die noch sehr ländlich geprägten Dörfer Volnsberg und Breitenbach. Wie die Siegener Zeitung berichtete, hat sich ein junger Mann Namens Sebastian Schäfer vorgenommen, einen Windradpark (...) auf dem Rabenhain zu bauen. Herr Schäfer hat in zwei Versammlungen (eine im Schützen-

haus Breitenbach, die andere am Standort des Hilchenbacher Windradparks) die Volnsberger und Breitenbacher Bürger auf die heute unvermeidlichen erneuerbaren Energien, die gesetzlichen Abstände zu den Wohnhäusern und die Finanzierung der Anlage hingewiesen. Was bei diesen Versammlungen aber unbeachtet blieb, ist die Tatsache, dass die am Rabenhain umliegenden Abhänge vor allem in den letzten Jahren durch Ansiedlungen dicht besiedelt wurden und der Rabenhain als Naherholungsgebiet genutzt wird.

Das Amt Weidenau hat schon vor Jahren den Rabenhain als Naherholungsgebiet ausgewiesen. Es hat im Waldgelände der Dautenbach ca. 80 Parkplätze hergerichtet. Von hier aus kann man auch mit einem antriebsbetriebenen Rollstuhl die höchste Stelle des Rabenhains gut erreichen. Der Rabenhain bietet die Möglichkeit, sich am Feierabend und am Wochenende in der Stille der Natur vom Stress und dem täglichen Einerlei zu erholen. Joggen und Wal-

ken haben hier seit langer Zeit Tradition. Die gesetzlichen Abstände von Wohnhäusern zu den Windkraftträdern lassen sich durch die unterschiedliche Bewaldung und die unterschiedlichen Höhen nicht genau bestimmen. Ich habe in fast 30 Jahren (von 1966 an) als Wald- und Jagdvorsteher im Einvernehmen mit der Stadt Siegen, der Unteren Landschaftsbehörde Kreis Siegen-Wittgenstein und dem Forstamt Reitwege, Radfahrwege und Wanderwege ausgewiesen und beschildert. Sollen diese Wege durch die Anlage zerstört werden? Sollen die Menschen, die am Fuße des Rabenhains wohnen, wie in Volnsberg, Breitenbach und bei diesem Vorhaben demnächst auch im Baugebiet „Rende“ Bürbach, durch die Geräusche der Windkraftträder Tag und Nacht gestört werden? Der Windradpark in Hilchenbach, das geben selbst die Betreiber zu, könne niemals mit dem Vorhaben auf dem Rabenhain verglichen werden.

Johannes Saßmann, Volnsberg, Lohhain 6 und
Dr. Christiane K. Saßmann (Waldgenossen)

57. 29.10.2011

Kein Wildwuchs von Windrädern

NRW-Minister Johannes Rimmel diskutierte mit der heimischen Landwirtschaft

Für die Klimaschutzziele der Landesregierung reicht die Anzahl der bestehenden Windkraftanlagen aus.

pe ■ Trotz eines höheren Anteils an Windenergie soll es keinen Wildwuchs bei den Windkraftanlagen geben. Diese Sorge entkräftete NRW-Minister Johannes Rimmel (Grüne) jetzt bei einem Treffen mit Vertretern der heimischen Landwirtschaft im Ferndorfer „Raiffeisen“-Markt. Rimmel, der sich für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt, bezeichnete einen Neubau von 6000 weiteren Windkraftanlagen als „völlig aus der Luft gegriffen“. Eingeladen hatte den Minister für Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der seit Juli des letzten Jahres im Amt ist, der Vorstand der Raiffeisen-Genossenschaft Kreuztal-Olpe-Wenden, darunter Geschäftsführer Norbert Grobbel und Vorsitzender Rainer Marwedel.

Das Thema Windenergieanlagen sprach Günter Pulte an. Er ist Geschäftsführer der Rothaarwind GmbH, die den Bürgerwindpark in Hilchenbach betreibt, und äußerte die Sorge, dass „große Projektierer“ von außerhalb in erheblichem Umfang Flächen anpachten. „Ziel muss aber sein, Projekte zu schaffen, die ihre Spuren vor Ort hinterlassen“, sagte Pulte mit Blick auf die in Hilchenbach erreichte Beteiligung von Bürgern. „Wie wäre es, wenn der Staatsforst für entsprechende Bedingungen sorgt und Flächen zur Verfügung stellt?“

Johannes Rimmel bezeichnete den Vorschlag als „gut“, doch müsse eine solche Vorgehensweise transparent sein. „Da darf es keine Mauscheleien geben. Nach unseren Vorstellungen brauchen wir aber auch nur einen geringen Zubau an Windkraftanlagen, um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen.“ Prinzipiell reiche die Anzahl der heutigen Anlagen aus, um die vorgesehene Steigerung zu erzielen, sofern sie modernisiert, verbessert oder erhöht würden.

Rimmel dementierte Darstellungen, die über einen Zuwachs von bis zu 6000 An-

lagen berichteten. Da die wetterabhängige Erzeugung von Strom für einen wellenförmigen Verlauf der zur Verfügung stehenden Energiemengen Sorge, sei eine angepasste Netzstruktur erforderlich, um diese Schwankungen auszugleichen. „Das können nicht die großen Atomkraftwerke, das können auch nicht die großen Kohlekraftwerke.“ Erforderlich seien vielmehr „kleine, Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen“. Als Speichertechnologie sei zudem die Herstellung von Wasserstoff und Methan besonders interessant. „Technisch scheint das zu gehen. Da liegt ein Stück Zukunft, auch unserer individuellen Mobilität – eher als bei Elektrofahrzeugen.“



NRW-Minister Johannes Rimmel (r.) diskutierte in Ferndorf mit heimischen Landwirten. Foto: pe

Von „erschreckenden“ Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen durch Schwarzwild berichtete Henner Braach, der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes. „Ihr Vorgänger hatte schon einiges auf den Weg gebracht“, sagte Braach. „Aber das Ziel angepasster Wildbestände beim Rotwild und beim Schwarzwild ist noch immer nicht erreicht, obwohl viele Jäger das Problem erkannt haben und danach handeln.“ Schwierigkeiten bereiteten aber vor allem „die drei großen Reviere“ im Kreisgebiet – gemeint war u. a. auch der Staatsforst, dem Rimmel als oberster Dienstherr vorsteht. „Es wäre schön, wenn Sie mit gutem Beispiel vorangehen könnten.“

Er teile alle Argumente, entgegnete Rimmel: „Wir haben eine zu hohe Wilddichte.“ Die Probleme seien dort gelöst, wo die Jäger auch die vorgegebenen Abschüsse erfüllen. „Wir müssen bei alledem

postulieren, dass Wald vor Wild geht. Ohne Jagd wird es nicht gehen, und Wildfleisch ist das ökologischste Fleisch, das man sich denken kann.“ Doch müsse das Jagdrecht ökologisch angepasst werden. „Wir müssen gewissen Praktiken Einhalt gebieten“, sagte Rimmel und wies dabei auf übermäßiges „Ankirren“ des Schwarzwildes und auf die „Trophäenjagd“ hin. „Ich möchte, dass wir Waldschutzjagden veranstalten.“

Auf die Frage, ob nicht die Zunahme der Maisanbauflächen zur Produktion von Energiemais ebenfalls die Schwarzwildpopulationen habe ansteigen lassen, sagte Rimmel: „Hier bei uns im Siegerland ist das zwar kein Problem. Woanders aber schon.“ Als einen „Jammer“ bezeichnete Rimmel den Zustand mancher Straßen in seinem heimischen Wahlkreis. „Die Straße zwischen Eckmannshausen und Herzhausen ist für Mensch und Maschine eine Zumutung. Tempo 30 auf einer Landstraße – das geht gar nicht.“ Doch würden zuweilen schwer nachvollziehbare Schwerpunkte gesetzt. „Eigentlich habe wir gar kein Geld für neue Straßen, denn wir haben einen massiven Substanzverlust bei den bestehenden Straßen.“

Rimmel schlug vor, zur Finanzierung der dringend notwendigen Sanierungen die „steuerliche Subventionierung von Dienstwagen der Premiumklasse“ zu streichen. „80 Prozent der Premiumfahrzeuge, die herumfahren, sind Dienstwagen.“ Der Steuerzahler finanziere diese PS-starken Autos jährlich mit 3,5 Milliarden Euro. „Ist das etwas, was wir uns leisten können?“

Johannes Rimmel sprach sich außerdem gegen ungebrochenen Flächenverbrauch aus. Dabei unterscheide er sehr genau zwischen Gewerbe- und Industrieflächen. „Wir brauchen sicherlich die eine oder andere Industriefläche. Aber auch, wenn ich hier gerade in einem Markt sitze – wir brauchen nicht den zehnten oder 15. Baumarkt.“ Es sei für ihn auch nicht zu verstehen, dass Bürgermeister nach wie vor Wohnbauflächen ausweisen lassen. „Da müsste auch der Haus- und Grundeigentümergeverein aufstehen, denn das bedeutet ja auch eine Entwertung von Bestandsimmobilien.“

Siegerer Zeitung 26.05.2011